

Nägel, Verena; Kahle, Lena: Die universitäre Lehre über den Holocaust in Deutschland. In: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/21625/Naegel_Kahle_universitaere_Lehre_ueber_Holocaust_Deutschland.pdf (veröffentlicht 2018, abgerufen am 14.1.2020)

Ortmeyer, Benjamin: Indoctrination. Rassismus und Antisemitismus in der Nazi-Schülerzeitschrift „Hilf mit!“ (1933-1944). Weinheim und Basel 2013

Ortmeyer, Benjamin (Hrsg.): Berichte gegen Verdrängen und Vergessen von 100 überlebenden jüdischen Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit. Frankfurt am Main 2016

Ortmeyer, Benjamin; Rhein, Katharina (Hrsg.): NS-Propaganda gegen die Arbeiterbewegung. Materialien für Lehre, Unterricht und gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Frankfurt am Main 2015a

Ortmeyer, Benjamin; Rhein, Katharina: NS-Propaganda gegen die Arbeiterbewegung 1933-1945. Imitation und Indoctrination. Weinheim und Basel 2015b

Rhein, Katharina: Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik. Weinheim und Basel 2019

Riepenhausen, Jonas: „Wir helfen dem Führer“. In: Hawel, Marcus; Herausgeber*innenkollektiv: Work in progress, work on progress. Beiträge kritischer Wissenschaft. Hamburg 2019, S. 173-196

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim und Basel 2017

Salzborn, Samuel: „Das Beschweigen schadet nur“. Interview mit Samuel Salzborn. In: tageszeitung vom 30.1.2019 (<https://taz.de/Forscher-ueber-Antisemitismus-in-Schulen/1556857/>; abgerufen am 14.1.2020)

Sarrasin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010

Schillat, Floran: „Die Opfer sind ihm schlicht egal“. Historiker erklärt, was Gauland (wirklich) bezeichnen will. In: Stern vom 4.6.2018 (<https://www.stern.de/politik/deutschland/vogelschiss-rede-historiker-erklart-was-alexander-gauland-bezeichnen-will-8109946.html>; abgerufen am 14.1.2020)

Schwarz, Karolin; Gensing, Patrick: Stream voller Hass. In: tagesschau.de vom 9.10.2019 (<https://www.tagesschau.de/inland/halle-taeter-101.html>; abgerufen am 14.1.2020)

Selbiger, Horst: Die dritte Schuld. Horst Selbiger über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. In: Jüdische Allgemeine vom 28.11.2019 (<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-dritte-schuld>; abgerufen am 14.1.2020)

Stöber, Silvia: Wer ist George Soros? In: tagesschau.de vom 18.10.2017 (<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/george-soros-107.html>; abgerufen am 14.1.2020)

Stückenberg, K.A.: Der Bolschewismus in den Kolonialländern. In: Deutscher Kolonialdienst 3/1936, S. 8-12

Winter, Bettina; Baader, Gerhard; Cramer, Johannes: „Verlegt nach Hadamar“. Die Geschichte einer NS-, „Euthanasie“-Anstalt. Kassel 1991

AKZEPTIEREN?! KONFRON- TIEREN?! | Gesellschaftshisto- rische Einbettung professio- neller Ansätze in der Sozialen Arbeit im Umgang mit extrem rechten Tendenzen

Michaela Köttig

Zusammenfassung | Die Auseinandersetzung über den Umgang mit extrem rechten Tendenzen ist in der Sozialen Arbeit seit den 1990er-Jahren verstärkt zu verzeichnen. In diesem Beitrag werden die Entstehungsgeschichte und die damit einhergehenden Problematiken von Konzepten und Modellfinanzierungen in der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund erstarkender extrem rechter Tendenzen aufgezeigt. Abschließend werden die gegenwärtige Situation und künftige Herausforderungen umrissen.

Abstract | The discussion on how to cope with extreme right-wing tendencies has been gaining momentum in social work since the 1990s. This article describes the history of the emergence of social work concepts and model financing, and the problems they pose against the background of growing extreme right-wing tendencies. Concluding, the current situation and future challenges are outlined.

Schlüsselwörter

- Rechtsextremismus
- historische Entwicklung
- Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
- akzeptierende Jugendarbeit

Einleitung | Extrem rechte Erscheinungsformen sind in Deutschland in der Nachkriegsgeschichte immer mit der Sorge eines Wiederauflebens des Nationalsozialismus verbunden. Um dem zu entgehen, wurden paradoxe Weise in beiden deutschen Staaten extrem rechte Aktivitäten weitgehend ignoriert oder – wie in der Bundesrepublik – auf Einzel- und Sonderfälle reduziert. Allerdings entwickelten sich bereits kurz nach 1945 zumindest in der Bundesrepublik extrem rechte Strukturen, bestehend aus Parteien, ultra-rechten sowie Kinder- und Jugendorganisationen und wenig später auch terroristischen Gruppen.

Eine gesteigerte gesellschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber extrem rechten Tendenzen ist erst seit etwa Mitte der 1980er-Jahre zu erkennen. Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten breiteten sich extrem rechte Tendenzen verstärkt aus, so dass Bundes- und Landesregierungen Aktionsprogramme auflegten, um den daraus resultierenden Problemen auch pädagogisch zu begegnen. In meinem Beitrag möchte ich die gesellschaftshistorischen Ausgangslagen kurz skizzieren sowie aufzeigen, welche Auswirkungen sich aus der Anlage der Programme im Hinblick sowohl auf die Problemwahrnehmung als auch auf den Umgang mit extrem rechten Handlungs- und Orientierungsmustern bis in die Gegenwart ergeben. Abschließend möchte ich zukünftige Herausforderungen für die Soziale Arbeit skizzieren.

Die Unvermeidlichkeit des Hinschauens – beginnende Aufmerksamkeitshaltung in den 1990er-Jahren | Vor der Wiedervereinigung 1990 wurde extrem rechten Phänomenen in den beiden deutschen Staaten unterschiedlich begegnet. Das Verbindende ist jedoch, dass die nationalsozialistische Vergangenheit sowie Aktivitäten und Strukturen nach 1945 weder in der Bundesrepublik noch in der DDR politisch und wissenschaftlich ausreichend erfasst und analysiert wurden (Botsch 2016). Erst nachdem sich Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre in der Bundesrepublik eine extrem rechte Jugendszene formierte, deren Mitglieder auch eine hohe Gewaltbereitschaft aufwiesen, wurde im Bereich der Jugendforschung verstärkt nach Interpretationsmodellen gesucht (etwa Heitmeyer 1987). Allerdings war das Augenmerk dieser Studien und im einsetzenden Forschungsboom der 1990er-Jahre weitgehend auf (männliche) jugendliche Ausdrucksformen gerichtet und der Heterogenität extrem rechter Milieus wurde zu wenig Beachtung geschenkt (Botsch 2016).

In der DDR wurden extrem rechte Tendenzen bis zum Bau der Mauer 1961 als vom „kapitalistischen Westen“ gesteuert angesehen. Danach wurde eine öffentliche Auseinandersetzung mit extrem rechten Tendenzen vermieden. Anfang der 1980er-Jahre entstand ebenfalls eine Skinheadkultur, die jedoch zunächst ignoriert wurde. Ende der 1980er-Jahre kam es dann zu einem erheblichen Anstieg extrem rechter Anschläge. Der staatliche DDR-Apparat reagierte einerseits repressiv, mit hohen Strafen, und andererseits, indem der extrem rechte Hintergrund dethematisiert

und von „Rowdytum“ gesprochen wurde (Assheuer; Sarkowitsch 1992, Ködderitzsch; Müller 1990, Korfes 1992). Diese Entpolitisierung führte dazu, dass extrem rechte Aktivitäten unterschätzt wurden. Bereits vor dem politischen Umbruch begannen extrem rechte Jugendszenen sich sowohl innerhalb der DDR zu organisieren als auch den Kontakt zu Gruppierungen in der Bundesrepublik aufzunehmen (ebd., Brück 1992). Mit der Öffnung der Grenze und der späteren Wiedervereinigung setzte zudem eine gezielte Rekrutierung in Ostdeutschland durch extrem rechte Akteur*innen aus Westdeutschland ein.

Der extremen Rechten gelang es, den politischen Umbruch sowie die mit der Wiedervereinigung einhergehende nationale Aufladung zu nutzen, um extrem rechte Strukturen auch in Ostdeutschland aufzubauen und deutschlandweit gesellschaftlich Stimmung gegen Migrant*innen zu machen (Botsch 2016). Die Folge waren eine Welle gewalttätiger Übergriffe, Hetzjagden und die Ermordung von Migrant*innen. Orte wie Mölln, Hoyerswerda, Solingen und Rostock-Lichtenhagen – um nur einige zu nennen – blieben aus dieser Zeit im Gedächtnis. Und obwohl die Übergriffe sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland stattfanden, sowohl männliche als auch weibliche Täter*innen auszumachen waren und spätere Studien belegten, dass gerade die beteiligten Personen nicht unbedingt als „Wendeverlierer*innen“ gesehen werden konnten, war die Täter*innengruppe schon bald eingegrenzt, indem von orientierungslosen männlichen Jugendlichen in Ostdeutschland gesprochen wurde. Dieser Fokus lenkte von der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ab und verwies einseitig auf männliche Jugendliche als Täter und auf Ostdeutschland als Tatortregion (etwa Heitmeyer 1992, Pfeiffer; Wetzels 1999, Schubarth 1992). Eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus konnte so umgangen werden. Allerdings fehlte es dadurch auch an der Entwicklung von Gegenmaßnahmen, die an den unterschiedlichen extrem rechten Strukturen und Aktionsformen ansetzen. Vielmehr wurde eine Engführung auf jugendliche gewaltförmige Aktivitäten mit dem Fokus auf Ostdeutschland vorgenommen.

Aufbau von Strukturen und Raumaneigungsstrategien – die 1990er- und beginnenden 2000er-Jahre | Ab etwa Mitte der 1990er-Jahre lässt sich die Ausweitung extrem rechter Aktivitäts-

und Organisierungsformen beobachten. Neue Parteien, Netzwerke und Diskussionszusammenhänge wurden gegründet. Auch zeigten sich sowohl verstärkte Aktivitäten von Mädchen und Frauen innerhalb der bestehenden und neu gegründeten Strukturen als auch die vermehrte Neugründung unabhängiger Mädchen- und Frauenorganisationen. Durch deren vielfältige politische Ausrichtungen gelang es, extrem rechte Denk- und Aktionsformen für Frauen aus ganz unterschiedlichen Kontexten attraktiv zu machen (Köttig 2004).

Auf Parteiverbote reagierend sowie den Aktionismus extrem rechtsorientierter Skinheadgruppen aufgreifend, begann die extreme Rechte zudem, neue Konzepte informellerer Organisationsformen wie beispielsweise das Prinzip des „führerlosen Widerstands“ (Grumke 1999) zu propagieren. In kurzer Zeit entstand ein bundesweites Netz aus so genannten „freien Kameradschaften“, durch die es – zumindest partiell – gelang, die extrem rechtsorientierte Skinheadszenen einzubinden (Pfahl-Taughber 2000). Aus dem Kameradschaftskontext heraus wurden neben zahlreichen Übergriffen auf Migrant*innen auch überregionale Aktionen durchgeführt, wie etwa die „Anti-Antifa“-Kampagne, die mit „schwarzen Listen“ zur Verfolgung und zum Mord an linken Aktivist*innen aufrief.

Etwa ab Ende der 1990er-Jahre verfolgte die extreme Rechte zudem ein Konzept der strategischen Raumaneignung, indem sie die Vorherrschaft in Jugendräumen, Mietshäusern oder ganzen Stadtteilen und Ortschaften als „national befreite Zonen“ proklamierte (Döring 2008). In einigen Regionen Westdeutschlands und verstärkt in Ostdeutschland war sie damit erfolgreich; es fand zumindest ansatzweise die Vertreibung Andersdenkender statt (Zentrum Demokratische Kultur 1998). Zudem gelang es, in kleinen Ortschaften national orientierte Gemeinschaften anzusiedeln, insbesondere um eine national orientierte Erziehung umzusetzen (Amadeu Antonio Stiftung 2014).

Insgesamt zeigen die Aktivitäten der extremen Rechten, dass in dieser Phase die Ausweitung der Organisations- und Vernetzungsstrukturen verfolgt wurde, die allerdings im Gegensatz zu den späteren Entwicklungen hier noch als Gegen- oder Parallelstruktur verstanden werden können. Damit einher gingen die ideologische Mobilmachung und Radikalisierung der Akteur*innen, was unter anderem im

stetigen Anstieg extrem rechter Straf- und Gewalttaten zum Ausdruck kam (Pfahl-Taughber 2000).

Reaktionen auf jugendliche Gewaltformen

– Der akzeptierende Ansatz und Förderprogramme in der Sozialen Arbeit | In der Folge dieser Entwicklungen wurde auch der Ruf nach geeigneten Konzepten der Sozialen Arbeit mit extrem rechtsorientierten Jugendlichen laut. Das im Umfeld des Bremer Erziehungswissenschaftlers Franz Krafeld entstandene Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ konnte sich dabei im Umgang mit extrem rechtsorientierten Jugendlichen etablieren (Krafeld et al. 1993). Krafeld et al. leiteten ihren Ansatz aus der Arbeit mit Drogenabhängigen ab, die einen nicht strafenden, sondern eher einen unterstützenden und begleitenden Umgang mit den Jugendlichen vorsieht. Unreflektiert blieben dabei entscheidende Unterschiede der Zielgruppen, dass nämlich Jugendliche mit Drogenproblemen tatsächlich ein manifestes Problem haben und Ausgrenzung erfahren, während von beidem nicht grundsätzlich bei extrem rechten Jugendlichen auszugehen ist. Im Rahmen des Ansatzes wurde der Blick auf vordergründige Probleme der Jugendlichen – wie Arbeitslosigkeit, eine schwierige familiäre Situation und antisoziales Handeln im alltäglichen Zusammenleben – gerichtet, die als zentrale Ursachen für extrem rechte Orientierungs- und Handlungsmuster gesehen wurden. In der Betreuung wurde sowohl auf individuelle Beziehungsarbeit als auch auf die Hinwendung zu den Sozialräumen und Organisationsformen der Jugendlichen gesetzt (aufsuchende, mobile, dezentrale, erlebnisorientierte Jugendarbeit). Zentrale Hypothesen dieses Ansatzes waren, dass mit wachsenden Integrations- und Selbstentfaltungschancen die Bereitschaft und Fähigkeit zu sozialverträglichen Verhaltensweisen zunähmen und dass mit wachsenden Kompetenzen zur Lebensbewältigung die Bedeutung extrem rechter Deutungsmuster abnehme (Heim et al. 1991).

Das Konzept des „akzeptierenden Ansatzes“ konnte sich in der Arbeit mit rechten Jugendlichen insbesondere deshalb etablieren, weil sich nahezu alle Projekte des ersten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus, des sogenannten AgAG-Programms (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt), an diesem Ansatz orientierten. Mit diesem Programm, das das Bundesministerium für Familie und Jugend von 1992 bis Ende 1996 in Ostdeutsch-

land umsetzte, sollte einerseits extrem rechten Tendenzen der Jugendlichen entgegengewirkt und zum anderen die in Ostdeutschland noch brachliegende offene Jugendarbeit aufgebaut werden. In 30 ausgewählten sozialen Brennpunktregionen wurden etwa 150 Projekte finanziert.

Kritik am akzeptierenden Ansatz und Folgen des AgAG-Aktionsprogramms | Schon bald regten sich kritische Stimmen zu diesem Ansatz, was in einer aufgebrachten Debatte in pädagogischen Fachzeitschriften kumulierte (Scherr 1993, Hafenerger 1993). Die Kritik bezog sich auf die Trennung, die zwischen der Person des Jugendlichen (die akzeptiert wird) auf der einen und dessen rechtsextrem orientiertem Bewusstsein und Verhalten (welche nicht akzeptiert werden) auf der anderen Seite gemacht wurde. Diese Konstruktion sowie die Fokussierung auf die Probleme der Jugendlichen würden die politischen Haltungen und Aktivitäten aus dem Blick geraten lassen. Eine Gefahr wurde darin gesehen, dass nur Jugendliche aus „problembelasteten“ Familien erreicht würden, der Anteil derjenigen, die durch Wahlverhalten und gewalttätige Aktionen ihre rechte Position bekunden, jedoch weit größer sei. Da nicht bei allen diesen Jugendlichen von einer defizitären Sozialisation ausgingen werden könne, würden sie mit diesem Ansatz auch nicht unbedingt erreicht.

Weiter wurde zu bedenken gegeben, dass der (förder-)politische Fokus auf diesen Ansatz dazu führe, das Problem als Problem der einzelnen Jugendlichen (-gruppen) zu betrachten, und dabei die politischen und gesamtgesellschaftlichen Ursachen außer Acht gerieten wie auch die sehr viel weitreichenderen extrem rechten Aktionsfelder. Die Verantwortung zur Bekämpfung extrem rechter Tendenzen würde so an die Soziale Arbeit delegiert. Es wurde befürchtet, dass durch das Ignorieren extrem rechter Organisations- und Vernetzungsstrukturen ein Erstarken der extrem rechten Jugendszene zu erwarten sei (Köttig 2001).

Dieses Argument bekommt zusätzliche Brisanz dadurch, dass mit dem AgAG-Programm die gesamten finanziellen Mittel des Aufbaus der offenen Jugendarbeit in den neuen Bundesländern in die Arbeit nur mit extrem rechten (vorwiegend männlichen) Jugendlichen flossen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass auch keine jugendkulturellen Gegenmilieus unterstützt wurden. Mithilfe dieses Aktionsprogramms

wurde der Grundstein der gegenwärtigen Strukturen der Jugendarbeit in Ostdeutschland gelegt (Stützel 2019). Hinzu kam, dass (vor dem Hintergrund des in der DDR nicht existenten Studiums der Sozialen Arbeit) die Projekte zu großen Teilen mit unzureichend ausgebildetem oder fachfremdem Personal arbeiteten. Dies führte zu Fehleinschätzungen, wie etwa zur Identifikation mit und mangelnden Grenzsetzungen gegenüber den Jugendlichen sowie zur Bagatellisierung politischer Handlungs- und Organisationsmuster (Böhniß et al. 1997, S. 177).

Wie stark dabei auf das Vertrauensverhältnis und weniger auf die politischen Haltungen fokussiert wurde, zeigt sich beispielsweise im pädagogischen Umgang mit dem später unter der Selbstbezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ mordenen Kerntrio Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt, die regelmäßig einen durch das AgAG-Programm finanzierten Jugendclub besuchten und sich in dieser Phase zunehmend radikalierten. Nach dem Öffentlichwerden der Terrorgruppe wurde ein damaliger Sozialarbeiter interviewt, und in den von ihm geschilderten Interaktionen vor allem mit Uwe Mundlos lassen sich die beschriebenen Problematiken sehr gut nachvollziehen. Er wird mit den Worten zitiert: „Damals dachte ich, ich würde ihr Vertrauen gewinnen, wenn ich ihnen entgegenkomme“ (Frenzel 2011).

Bereits damals wurde beobachtet, dass Jugendliche aus den AgAG-Projekten zunehmend mehr Raum einnahmen und die soziale Umgebung dominierten (Norddeutsche Antifagruppen 1998). Interessant ist auch, dass die ersten Beobachtungen über Hegemoniebestrebungen rechter Jugendcliquen überwiegend solche Orte betrafen, an denen Projekte angesiedelt waren, die sich in ihrer Arbeit auf den „akzeptierenden Ansatz“ beriefen (Zentrum Demokratische Kultur 1997, 1998). Trotz der heftigen Kritik ist der „akzeptierende Ansatz“ in der Arbeit mit extrem rechtsorientierten Jugendlichen noch immer weit verbreitet. Und obwohl er der Überarbeitung, Reflexion und zum Teil auch der theoretischen Reformulierung unterzogen wurde (Krafeld 2000), ist die grundlegende Ausrichtung auf angenommene Problemlagen der Jugendlichen auch weiter zu beobachten.

Weiterentwicklung von Maßnahmen der Sozialen Arbeit | Im Zuge der Diskussion um diese Entwicklungen wurden als Gegenentwurf konfrontie-

rende Herangehensweisen (Scherr 1993, Hafenerger 1993) vorgeschlagen. Diese zielen darauf ab, Jugendliche stärker mit ihren politischen Orientierungen und den Folgen ihrer Gewaltausübung zu konfrontieren. Rechtsextreme Jugendliche sollen nicht nur als Opfer von Modernisierungsprozessen gesehen, sondern auch als politische Subjekte ernst genommen werden. Ihnen sollten Chancen zur argumentativen Auseinandersetzung geboten werden, zum Beispiel im Rahmen von lokalen jugendpolitischen Diskussionsforen. Doch auch bei diesem Gegenentwurf muss kritisch gefragt werden, inwieweit er extrem rechte Handlungs- und Orientierungsmuster unterstützt, da durch politische Foren Plattformen geschaffen werden, durch die sich extrem rechte Agitator*innen in ihren Argumentationen üben können. Extrem rechte Argumentationen und Ideologiefragmente werden darüber hinaus in den Alltagsdialog eingeführt.

Insgesamt ist hinzuzufügen, dass in der gesamten Diskussion wie auch in den Projekten eine geschlechtersensible Perspektive und geschlechterreflektierende Handlungsansätze weitgehend fehlten (Böhnisch et al. 1997), obwohl im Rahmen von Reflexionen einzelner Projektmitarbeiter*innen (Lutzebaeck et al. o.J., Engel; Menke 1995) wie auch im Rahmen einer wissenschaftlichen Projektbefragung (Pingel; Rieker 2002) auf die Notwendigkeit von geschlechtsspezifischen Konzeptionen und Umgangsweisen hingewiesen wurde.

Darüber hinaus fokussieren der „akzeptierende“ Ansatz und auch „konfrontierende“ Herangehensweisen bestimmte Schwerpunkte (einerseits vorweg angenommene persönliche Probleme und andererseits politische Argumentationsmuster) und reagieren einseitig im Sinne des jeweiligen Konzepts, nach dem sie vorgehen. Es wird dabei versäumt, die Entstehungsgeschichte und das Zusammenwirken unterschiedlichster Dimensionen zu betrachten, die zur Entwicklung extrem rechter Verortung geführt haben. Erst nach der Analyse der Entstehungszusammenhänge wird es möglich, gezielte und umfassende sozialpädagogische Interventionen zu entwickeln, die dazu geeignet sind, dass extrem rechte Orientierungs- und Handlungsmuster aufgegeben werden können (ausführlicher Köttig 2008).

Strategieänderung der extremen Rechten ab den 2000er-Jahren | Während die Strategie der extremen Rechten bis zu Beginn der 2000er-Jahre in

der Tendenz darauf ausgerichtet war, sich als Gegenbewegung auszurichten, kann ab Mitte der 2000er-Jahre von einer Neuausrichtung gesprochen werden. Basierend auf dem sogenannten „Viersäulenkonzept“ (Kampf um die Straße, die Parlamente, die Köpfe und den organisierten Willen) (Schulze 2009) geht es nunmehr nicht nur um Rekrutierung und Mobilisierung für die extreme Rechte, sondern um den Versuch, extrem rechte Ideologie(-fragmente) in der gesamten Gesellschaft zu verbreiten und „salonfähig“ zu machen. Der Erfolg dieser Strategie zeigt sich darin, dass Parteien wie die Alternative für Deutschland, Bündnisse wie die diversen „Pegida“-Zusammenhänge oder die Identitäre Bewegung möglich wurden und sich etablieren konnten. Diesen Kontexten ist gemein, dass die Verortung innerhalb der extremen Rechten uneindeutig ist. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass inhaltlich variabel Diskurse aufgegriffen und flexibel Bündnisse eingegangen werden. Es geht vor allem darum, gesellschaftliche Polarisierungen sowie „Wir“- und „die Anderen“-Konstruktionen zuzuspitzen. Durch gezielte Stimmungsmache und die Etablierung extrem rechter Argumentationsmuster soll die demokratische und die pluralistische Grundausrichtung der Gesellschaft infrage gestellt und aufgeweicht werden. Mit dieser Entwicklung geht einher, dass die Anzahl extrem rechts organisierter Akteur*innen steigt und sich die Bedrohungslage für Minderheiten und politisch Andersdenkende erheblich ausgeweitet hat (Ministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019).

Soziale Arbeit gegen Rechtsextremismus – Stand der Dinge und künftige Herausforderungen | Diese Veränderungen bringen auch für Soziale Arbeit neue Herausforderungen mit. In der seit Ende der 1990er-Jahre entwickelten Projektlandschaft offener und aufsuchender Jugendarbeit, der Arbeit mit Aussteiger*innen und insbesondere im Rahmen der außerschulischen (politischen) Bildung haben sich vielfältige Ansätze zur Prävention und im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen ausdifferenziert (Glaser; Greuel 2012). Auch wurden geschlechterspezifische Handlungsansätze ausführlich diskutiert und neue Methoden entwickelt (Hechler; Stuve 2015). Darüber hinaus wurden Handreichungen zur Unterstützung professionellen Handelns publiziert, allerdings fehlt es an praktischen Handlungskonzepten und Unterstützungssystemen für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen mit rechten Orientierungen (Glaser;

Greuel 2012, Stützel 2019). Ein generelles Problem sind hier die geringen Ressourcen, die für Soziale Arbeit zur Verfügung gestellt werden, und damit verbunden die Unbeständigkeit der Jugendarbeitsteams aufgrund begrenzter und unsicherer Einstellungsverhältnisse. Mit Blick auf die staatliche Förderungspraxis ist generell zu kritisieren, dass die Bekämpfung extrem rechter Erscheinungsformen bis in die Gegenwart weitgehend auf zeitlich eingegrenzte Modellförderung angewiesen ist. Dies kann dazu führen, dass regional etablierte Projekte keine Weiterförderung erfahren oder die Förderung massiv gekürzt wird – was momentan hinsichtlich der Förderpolitik des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu beobachten ist und wogegen sich massiver Protest erhebt (Offener Brief 2019).

Hinzu kommt, dass durch klämme öffentliche Kas sen Angebote und partiell auch Arbeitsfelder infrage gestellt werden – wie momentan im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit zu beobachten. Diese werden vor allem in ländlichen Räumen von extrem rechten Organisationen „ehrenamtlich“ übernommen, die so die Möglichkeit erhalten, Kinder und Jugendliche in ihrem Sinne zu manipulieren. Auch dadurch, dass extrem Rechte Sitze in regionalen Parlamenten erlangen, steigt ihr Einfluss auf die Soziale Arbeit zum Beispiel durch die Infragestellung von Hilfen für Migrant*innen, von Angeboten der sexuellen Orientierung, von gendersensiblen Angeboten oder von demokratisch und auf Vielfalt ausgerichteten Einrichtungen. Diese Entwicklung wird bisher zu wenig öffentlich wie auch im professionellen Diskurs der Sozialen Arbeit thematisiert.

Zusammenfassend haben wir es gegenwärtig mit drei Herausforderungen zu tun:

- ▲ mit dem mangelnden Problembewusstsein dafür, dass extrem rechte Haltungen und Handlungspraxen in allen Feldern Sozialer Arbeit sowohl bei Adressat*innen als auch bei Fachkräften präsent sind und sich ausweiten;
- ▲ dass die extreme Rechte zunehmend an Einfluss auf die Ausrichtung Sozialer Arbeit gewinnt und bewusst Arbeitsfelder übernimmt, denen die staatliche Finanzierung entzogen wird und
- ▲ dass Fachkräfte im Studium auf das Thema „Extreme Rechte“ zu wenig vorbereitet werden, da es weitgehend willkürlich ist, ob und in welcher Weise Ange bote an den Studienstandorten gemacht werden;

eine curriculare Verankerung ist nicht gegeben. Auch extrem rechte Tendenzen und Argumentationsmuster an Studienstandorten werden kaum problematisiert (für Nordrhein-Westfalen siehe Gille; Jagusch 2019, auch Gille et al. in diesem Heft).

Die Anforderungen an Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit steigen also und es ist geboten, eine Auseinandersetzung über diese Entwicklungen systematisch zu führen, um in dem derzeitigen politischen Klima mit adäquaten Haltungen und Maßnahmen entgegensteuern zu können.

Professorin Dr. Michaela Köttig lehrt Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktbearbeitung am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Frankfurt University of Applied Sciences.

E-Mail: koettig@fb4.fra-uas.de

Dieser Beitrag wurde in einer Peer Review begutachtet und am 3.2.2020 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung:** Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. In: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voel_kische_siedler_web.pdf (veröffentlicht 2014, abgerufen am 9.1.2020)
- Assheuer**, Thomas; Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. München 1992
- Böhnißch**, Lothar; Fritz, Karsten; Seifert, Thomas (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG. Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Band 2. Münster 1997
- Botsch**, Gideon: „Nationale Opposition“ in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Virchow, Fabian; Häusler, Alexander; Langebach, Martin (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, S. 43-82
- Brück**, Wolfgang: Skinheads – Vorboten der Systemkrise. In: Heinemann, Karl-H.; Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992, S. 37-46
- Döring**, Uta: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden 2008
- Engel**, Monika; Menke, Barbara (Hrsg.): Weibliche Welten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Münster 1995
- Frenzel**, Veronica: „Jenaer Neonazi-Trio“ – ein Sozialarbeiter macht sich Vorwürfe. In: Der Tagesspiegel vom 26.11.2011
- Gille**, Christoph; Jagusch, Birgit: Die Neue Rechte in der

- Sozialen Arbeit in NRW. In: http://fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-RSD-03-Gille-2019_11_29-komplett-web.pdf (veröffentlicht 2019, abgerufen am 13.1.2020)
- Glaser**, Michaela; Greuel, Frank: Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ein Überblick über Ansätze, Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen. In: Sozialmagazin 03/2012, S. 12-20
- Grumke**, Thomas: Das Konzept des Leaderless Resistance im Rechtsextremismus. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/1999, S. 495-499
- Hafenerger**, Benno: Wider die (Sozial-)Pädagogisierung von Gewalt und Rechtsextremismus. In: deutsche jugend 3/1993, S. 120-126
- Hechler**, Andreas; Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechtsextremismus. Opladen u.a. 2015
- Heim**, Gunda; Krafeld, Franz J.; Lutzebaeck, Elke; Schaar, Gisela; Storm, Carola; Welp, Wolfgang: „Lieber ein Skinhead als sonst nichts?“ Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen. In: Neue Praxis 4/1991, S. 300-310
- Heitmeyer**, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim und München 1987
- Heitmeyer**, Wilhelm: Die Widerspieglung von Modernisierungsprozessen im Rechtsextremismus. In: Heinemann, Karl-H.; Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992, S. 100-115
- Ködderitzsch**, Peter; Müller, Leo A.: Rechtsextremismus in der DDR. Göttingen 1990
- Korfes**, Gunhild: „Seitdem habe ich einen dermaßen Haß“. Rechtsextreme Jugendliche vor und nach der „Wende“ – exemplarische Biographien. In: Heinemann, Karl-H.; Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992, S. 47-63
- Köttig**, Michaela: Mädchen und junge Frauen aus dem rechtsextremen Milieu. Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze und Konzepte der sozialen Arbeit. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 56-57/2001, S. 103-116
- Köttig**, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen 2004
- Köttig**, Michaela: Der biographische Ansatz in der Einzelfallhilfe mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen. In: Forum Qualitative Research Sozialforschung 1/2008 (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-08/08-1-2-d.htm>; abgerufen am 9.1.2020)
- Krafeld**, Franz J.: Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: deutsche jugend 6/2000, S. 266-268
- Krafeld**, Franz J.; Möller, Kurt; Müller, Andrea: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven. Bremen 1993
- Lutzebaeck**, Elke; Schaar, Gisela; Storm, Carola: Mädchen in rechten Jugendcliquen. In: Behn, Sabine; Heitmann, Helmut; Voß, Stefan (Hrsg.): Jungen, Mädchen und Gewalt – ein Thema für die geschlechtsspezifische Jugendarbeit!? Schriftenreihe des IFFJ (Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention) Nummer 8. Berlin o.J., S. 153-161
- Ministerium des Innern, für Bau und Heimat** (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2018. In: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oefentlicheitsarbeit/publikationen/verfasungsschutzberichte> (Berlin 2019, abgerufen am 9.1.2019)
- Norddeutsche Antifagruppen** (Hrsg.): „Rosen auf den Weg gestreut...“ Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“. Hamburg 1998
- Offener Brief**: Demokratie retten, zivilgesellschaftliches Engagement stärken! Offener Brief zur aktuellen Förderpolitik des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ In: <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/breites-buendnis-fordert-mehr-geld-fuer-demokratieprogramm-offener-brief-und-pressemitteilung-vom-18-oktober-2019/?back=%2F%3Flang%3Dde&lang=de> (veröffentlicht 2019, abgerufen am 9.1.2020)
- Pfahl-Taughber**, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 2000
- Pfeiffer**, Christian; Wetzels, Peter: Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 26/1999, S. 3-22
- Pingel**, Andrea; Rieker, Peter: Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig 2002
- Scherr**, Albert: Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. In: deutsche jugend 3/1993, S. 127-135
- Schubarth**, Wilfried: Rechtsextremismus – Subjektive Verarbeitung des Umbruchs? In: Heinemann, Karl-H.; Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992, S. 78-99
- Schulze**, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden 2009
- Stützel**, Kevin: Jugendarbeit im Kontext von Jugendlichen mit rechten Orientierungen. Rekonstruktiv-praxeologische Perspektiven auf professionelles Handeln. Wiesbaden 2019
- Zentrum Demokratische Kultur**: Kulturelle Hegemoniebestrebungen Rechtsextremer in der Jugendszene. Bulletin 1/1997
- Zentrum Demokratische Kultur**: „National befreite Zonen“ – Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung. Bulletin 1/1998